

Jürgen John (Hrsg.):
 Thüringen 1989/90 (Quellen zur
 Geschichte Thüringens. Bd. 17/I
 u. 17/II), Landeszentrale für
 politische Bildung Thüringen,
 Erfurt 2001, 428 S. (I)
 Wolfgang Schluchter,
 Peter H. Quint (Hrsg.):
 Der Vereinigungsschock.
 Vergleichende Betrachtungen
 zehn Jahre danach, Velbrück
 Wissenschaft Weilerswist 2001,
 522 S. (29,50 €) (II)

Zu den Phänomenen der deutschen Einheit gehört das westdeutsche Unvermögen, die eigentlichen Intentionen der politischen Aktivistinnen aus Bürgerbewegungen und SED-Reformern nachzuvollziehen, die im Herbst 1989 die Bürger der DDR auf die Straße brachten. »Bis heute werden die DDR-Vorgänge 1989/90 höchst gegensätzlich beurteilt. Das schlägt sich auch in der Wahl kennzeichnender Begriffe – »Implosion«, »Revolution«, »Wende«, »Umbruch«, »Demokratisierung«, »Transformation«, »Abwicklung« etc. ... nieder« (I/S. 26). Klärung kann nur ein Eintauchen in die damalige Zeit und das Denken der Akteure bringen, auch wenn schon die Beschäftigung damit durch den jeweiligen Standort des Untersuchenden mitgeprägt ist. Unverständlich bleibt den allein ihrer bundesdeutschen Geschichte und Gesellschaft sicheren Westdeutschen (und manchen ihrer ostdeutschen Adepten), daß neben den Ausreisewilligen gerade die Daheimgebliebenen nicht Einsturz und Ende der DDR wollten, sondern einen Neuanfang mit mehr Demokratie und der Rückkehr des Sozialismus zu seinen Wurzeln. In der Geraer Johankirche bekannte am 9. November ein SDP-Mitglied: »Das Schiff DDR ist gestrandet, sein Verlassen ist unverantwortlich, ebenso rebellieren oder Steine werfen. Nicht nur *den* Kapitän ablösen, sondern auch die Verantwortlichen, welche den Kurs vorgegeben haben, müssen alle mit an *der* Reparatur arbeiten, damit das Schiff DDR wieder standhaft über die Meere fahren kann.« (I/S. 178) Typisch ebenso *Edelbert Richter* im September 1989,

für den »sozialistisch« sein sollte: »Soziale Sicherung, wie sie es bei uns gibt, so das Recht auf Arbeit, auch die Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik gehören bei uns zu festen Bestandteilen, von denen man nicht abgehen sollte. Der Grenzbereich dieser Frage liegt bei der Initiative der Menschen, die bei uns über diese Leistungen gleichzeitig entmündigt wurden. Hier muß die Korrektur ansetzen. Wir sperren uns auch nicht gegen den Einbau bestimmter marktwirtschaftlicher Elemente. Im sozialistischen Kontext ließe sich das durch freie Gewerkschaften als Korrektiv auffangen. Warum sollen nicht Mitbestimmung im Betrieb und Arbeiterselbstverwaltung, wie es in der UdSSR probiert wird, auch bei uns greifen. Bis hin zur Frage der Humanisierung der Arbeit.« (I/S. 54) Oder wenn kirchliche Basisgruppen sich für den Sozialismus, »aber einen demokratischen, pluralistischen und entwicklungsfähigen Sozialismus« aussprachen (I/S. 61). Gerade das entnervte ja die Wahrer der bestehenden Ordnung, so in einer MfS-Analyse der Oppositionsgruppen Ende Oktober. Sie witterten nur Verrat: »In demagogischer Art und Weise bekennen sie sich zum Sozialismus, wollen dessen positive Errungenschaften in jedem Fall bewahren und ihn lediglich demokratisieren und »humaner« gestalten.« (I/S. 112)

Auch wenn eine Mehrheit der DDR-Bürger nach dem Mauerfall schnell unter dem Eindruck der übermächtigen und als überreich empfundenen Bundesrepublik das neue Selbstbewußtsein in Angst vor neuen Experimenten und der Sehnsucht nach gesicherten, bundesdeutschen Verhältnissen preisgab, die Ausgangssituation muß immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Denn sie ist entscheidend für das Begreifen des Handelns von Bürgerbewegungen wie SED-Reformern (auch wenn kaum miteinander) in den entscheidenden Wochen und Monaten 1989/90, als sie das DDR-Gemeinwesen reorganisieren wollten. Für das Vergewissern dieser Ausgangssituation ist die Quellenedition Johns und seiner Studenten an der Friedrich-Schiller-Universität außerordentlich verdienstvoll. Zusammengetragen wurden vorwiegend ungedruckte archivalische Quellen aus meist thüringischen staatlichen, kommunalen, privaten, Kirchen- und Parteiarchiven sowie aus der Gauck-Behörde und Pressestimmen.

Beeindruckend sind die vielfältigen Vorschläge für eine Verbesserung unterschiedlichster Bereiche der DDR, der Universitäten, Schulen oder Kommunen, so bei den Jenaer Rathausgesprächen und an verschiedenen Runden Tischen. Bemerkenswert ist, wie sich das Auflösen des realsozialistischen Machtssystems durch Befehlsverweigerungen in den Kampfgruppen oder dem Bröckeln der Parteidisziplin manifestierte, von der manche Genossen in die Bürgerbewegungen fanden oder aktiv an der Erneuerung ihrer Partei mitarbeiteten. Einen besonderen Reiz haben jene Dokumente, die den Weg in die Länderbildung erhellen. Denn »der Zerfall der alten Ordnungsmacht wirkte dezentralisierend und regionalisierend. Der Handlungssog ging zeitweise von der zentralen Ebene auf die Basis, die Peripherie, die ›Provinz‹ über.« (I/S. 26 f). Bedauerlich ist, daß ein Handlungsstrang kaum belegt wird: das Eingreifen bundesdeutscher Akteure in den DDR-Umbruch. Zwar werden die Wahlkampfauftritte westdeutscher Politiker belegt, aber die tatkräftige Hilfe beim Aufbau der politischen Parteien und der frühzeitige Einfluß auf z. B. kommunale wie Wirtschaftsstrukturen wäre von Interesse. Hier waren schon im Umfeld der Währungsunion Weichen gestellt, die zur Übernahme nicht nur der DDR-Handelsketten durch westdeutsche Betreiber führten.

Von ganz anderem Charakter ist der politologische und soziologische Sammelband, den Schluchter und Quint auf der Basis von Konferenzen des Deutsch-Amerikanischen Akademischen Konzils 1999 und 2000 zusammenstellten. In 18 Beiträgen von 25 deutschen und US-amerikanischen Autoren werden Aspekte des Vereinigungsprozesses durchaus kritisch beleuchtet, also das, was nach den aufregenden Monaten 1989/90 geschah. Quint weist auf die Verfassungs- und rechtlichen Seiten der Einheit hin, wobei die bundesdeutsche Dominanz unübersehbar ist, was aber kaum hinterfragt wird. Anja C. Baukloh, Susanne Lippert und Steven Pfaff sehen das Verschwinden der früheren Oppositionsgruppen. Uwe Mummert und Jörg Raab wenden sich der Privatisierung und dem ökonomischen Umbau zu, ebenso Paul Windolf. Schluchter erkennt immerhin, daß der Vereinigungsprozeß »asymmetrisch« sich vollzog (II/S. 11). Er

spitzt die Befunde für einen »deutschen Sonderweg« zu: »Der Osten Deutschlands wurde in kürzester Zeit institutionell, aber auch teilweise kulturell und personell verwestlicht.« (I/S. 12) Es gab eine Schocktherapie im Unterschied zu den osteuropäischen Transformationsstaaten, aber eben nicht nur in der Ökonomie, sondern auch »sozial und persönlich« (I/S. 13). Beiträge verdeutlichen, daß dieser radikale Bruch Konsequenzen genau auf diesen Gebieten hat. Neue Identitäten entstehen (Jonathan P. G. Bach/Karin Wehn), die soziale Mobilität der Ostdeutschen und ihre Anpassungsfähigkeit, gerade der Eliten, auf einem nicht hinterfragten nachgeordneten Level werden berichtet (Karl Ulrich Mayer).

So detailgenau und erhellend all diese Untersuchungen sind und so zwingend sie auch auf Defizite der Vereinigungspolitik hinweisen, die prägend für heutige politische und geistige Konstellationen der Ostdeutschen sind – von der Stärke der PDS bis zur Rolle des Rechtsradikalismus –, sie stellen im Unterschied zu den DDR-Bürgern im Herbst 1989 nicht den Grundzusammenhang in Frage: keine Alternative zur deutschen Einheit in kürzester Zeit, keine Alternative zur Schocktherapie und letztlich keine ernsthafte Kritik der bewährten westdeutschen Ordnung. Allein Klaus von Beyme spitzt dies alles zu. Die westdeutsche Vereinigungspolitik war für ihn letztlich – im positiven Sinne – machiavellistisch. Und die entscheidende Aussage: »In keinem Reformland wurde so stark auf irreversible Entscheidungen gesetzt, weil kein Land so viel Hilfe von außen bekam. Ostdeutschland mußte noch einmal vollziehen, was alle Deutschen gemeinsam 1945 hinter sich gebracht hatten: *unconditional surrender*. Wie 1945 für Westdeutschland lohne sich diese Unterwerfung, weil die Bundesrepublik zur gesamten Hand haftete.« (II/S. 424) Letztlich habe Ostdeutschland nicht die Bevölkerungszahl und die politischen Möglichkeiten, sich für einen solchen Kurs als »undankbar« zu erweisen. Die Welt der West- und der Ostdeutschen ist weiter auseinander, als selbst scheinbar kritische Wissenschaftler und Sonntagsredner vermuten lassen.

STEFAN BOLLINGER

Frieder O. Wolf:
**Radikale Philosophie. Aufklärung
 und Befreiung in der neuen Zeit,**
 Verlag Westfälisches Dampfboot
 Münster 2002, 286 S. (24,80 €)
 Volker Caysa und
 Wilhelm Schmid (Hrsg.):
**Reinhold Messners Philosophie:
 Sinn machen in einer Welt
 ohne Sinn, Suhrkamp Verlag
 Frankfurt am Main 2002,**
 240 S. (10 €)

Die »Philosophie der Grünen« versprach 1982 Manon Maren-Grisebach, damals eine der drei BundessprecherInnen der Grünen, den Lesern ihres Buches, in dem sie lebensphilosophisch ihre Forderung nach gesellschaftlicher Harmonie aus einer mythologisierten Natur-Harmonie ableitete. Doch längst ist klar, daß es nicht nur *eine* Philosophie der Grünen gibt und der Plural in dieser Frage weit angemessener ist als der Singular. In jüngster Zeit ist das Spektrum grüner Philosophien durch zwei weitere Bücher auf lesenswerte Weise erweitert worden: durch Frieder Otto Wolfs *Radikale Philosophie* und durch Reinhold Messners *Philosophie der Lebenskunst*.

Wolf, Privatdozent an der FU Berlin, von 1994 bis 1998 Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitinitiator des Linken Forums und des Babelsberger Kreises der Grünen, schreibt, *Radikale Philosophie* stelle sich die Frage, »was es denn angesichts der unerhörten weltweiten Polarisierung von Macht, wie sie sich seit dem Ende der 1970er Jahre vollzogen hat, überhaupt noch bedeuten kann, daß »alle Menschen Philosophinnen und Philosophen sind««. (S. 25) Dies gelte um so mehr, als die herrschende Philosophieform die »Omnihistorizität« von Herrschaft als unüberwindlich unterstelle und mit anscheinender Zwangsläufigkeit auf eine Begründung legitimer Herrschaft von Menschen über Menschen hinauslaufe. Als angemessene Antwort auf die damit erneut gestellte Frage nach der Bedeutung des »Jedermannsprinzips« in der Philosophie will Wolf eine andere Praxis von Philosophie, eine

andere Philosophie entwickeln, die mit der herrschaftsaffirmativen Philosophieform bricht.

Im Kapitel »Philosophie als radikale Tätigkeit« postuliert Wolf, *Radikale Philosophie* mache mit dem Gedanken ernst, »daß auch das philosophische Denken sich innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb der historischen Prozesse und Situationen vollzieht, ohne es deswegen aufzugeben« (S. 47). Dementsprechend gehe sie davon aus, daß jedes philosophische Denken auf diese seine Voraussetzungen reflektieren müsse, ohne sich darin jemals selbst einholen zu können. Diese Voraussetzungen seien nicht einfach sachliche Bedingungen, sondern eine immer schon längst begonnene diskursive Praxis der Kritik, mit der viele beschäftigt seien, die sie auch bereits reflektieren und performativ gezielt einsetzen würden. Man müsse sich verabschieden von der Vorstellung, die wissenschaftliche Erkenntnis habe »fertig durchgeführt« zu sein, bevor man sich daran machen könne, die Verhältnisse zu verändern, wendet sich der Grünen-Politiker an anderer Stelle gegen die Auffassung eines »one-best-way«. Ein solcher Weg impliziere nur Dogmatismus, administrative Ausrichtung und Zensur, und seine zerstörerischen Konsequenzen seien im Realsozialismus vielfältig zu besichtigen gewesen.

Wolf definiert das (oder besser: sein) Selbstverständnis wie folgt: »Radikale Philosophie ist eine intellektuelle Tätigkeit, die vom Selberdenken jedes Menschen ausgeht und dessen Stärkung zum Ziel hat. Sie ist eine inkonklusive Gestalt der Wahrheitspolitik, die sich nicht mit relativistischer Gleichgültigkeit zufrieden gibt, die aber auch nicht beansprucht, die eigenen Wahrheitsziele selber einlösen zu können.« (S. 193/194) Dergestalt begreift Wolf *Radikale Philosophie* in der angelsächsischen Tradition als *Philosophie der Tat*.

Während Wolf seine philosophischen Überlegungen in Form einer Monographie präsentiert, erschließt sich Messners Philosophie erst durch ein Mosaik von Selbstaussagen, längeren Interviews, einer Dekonstruktion der Erziehungswissenschaftlerin und Philosophin Helga Peskoller und Reflexionen der Philosophen Volker Caysa und Wilhelm Schmid, die den schmalen Band herausgegeben haben. Die dadurch vorgestellte Gedankenwelt Messners

läßt den philosophischen Kern mehr erahnen, als daß er auf den Punkt gebracht wird.

Messner, Extrembergsteiger, Bergbauer, Grenzgänger, mit Jahrgang 1944 nur ein Jahr jünger als Wolf, praktiziert eine asketische wie ekstatische Lebensform: Er verzichtet auf Bohrhaken oder Sauerstoffmaske, um das Risiko ausschreiten zu können. Was Cayssa zur »Suche nach den Grenzen des Daseins« (v)erklärt, ist für Messner schlicht »Selbstverwirklichung«. »Ich habe keine Philosophie anzubieten. Ich bin kein Philosoph oder philosophisch gebildeter Mensch«, sagt Messner in einem der Interviews. »Ich habe dann und wann philosophische Texte gelesen – aber nicht systematisch, das heißt auch, ich kenne die Geschichte der Philosophie nicht. Aber ich habe eine ganz klare Lebenshaltung, ich habe meine Erfahrungen gemacht, und auf meinen Erfahrungen beruht im Großen und Ganzen mein Weltbild.« (S. 13) Doch er sagt auch: »Im Grunde ist jede und jeder Philosoph. Wir alle.« (S. 37) Messners Philosophie ist daher kein theoretisches Wertesystem oder Denkgebäude, sondern eine sehr pragmatische Lebensauffassung. Eine Lebensauffassung, die durch den Willen zur Tat geprägt ist.

Messner lebt mit dem eigenen Ich in Übereinstimmung. Und er versucht, die realen Grenzen des Seins direkt physisch, seelisch und geistig auszuloten, sich der eigenen Zerbrechlichkeit und Begrenztheit bewußt zu werden. Ihm gehe es beim Grenzgang ums Überleben »in der möglichst schwierigen, anstrengenden, ausgesetzten, lebensgefährlichen Situation, und ich bezeichne dieses Überleben als eine Kunst« (S. 21). »Grenzgang heißt Gang an die Grenze! Ohne die Todesgefahr gibt es keinen Grenzgang!« (S. 20) Aber, so Messner: »Als Grenzgänger kann ich immer wieder Grenzen verschieben.« (S. 19) Wolf und Messner propagieren also – bei aller Unterschiedlichkeit – beide eine Tat-Philosophie. Doch während Messner für die italienischen Grünen im Europa-Parlament ficht, auf Kongressen grüner Parteien spricht und eine interaktive Begegnungsstätte in Südtirol projiziert, hat sich Wolf ob der Marginalisierung der Linken in den bundesdeutschen Grünen resignierend vom politischen Geschäft zurückgezogen.

JOCHEN WEICHOLD

Götz Aly:

Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, S. Fischer Verlag Frankfurt am Main 2003, 256 S. (18,90 €)

Der Begriff Rasse verdrängte den Begriff Klasse, lautet die These des Autors, der 2002 den Heinrich Mann Preis für Essayistik erhielt. Nur so sei zu erklären, warum der Nationalsozialismus von der Mehrheit der Deutschen getragen wurde. Bedenkt man die Streikbewegungen, die bis 1933 in Deutschland höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzungen forderten, dann deren drastischen Abbruch durch staatliche Zwangsverordnung des Hitler-Regimes, das die Gewerkschaften verbieten ließ, statt dessen die Deutsche Arbeitsfront mit 25 Millionen Mitgliedern feierte, so scheint die These aufzugehen. Denn in der Deutschen Arbeitsfront bildeten Kapital und Arbeit eine gemeinsame Organisation, deren Ziel die »Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft, die dem Klassenkampfgedanken abgeschworen hat«, war.

Der Autor führt viele Belege dafür an, wie diese »arische« Gemeinschaft eine gemeinsame Kampffront gegen jüdisches und ausländisches Eigentum entwickelte. Die Erträge aus diesem Eigentum seien an die jeweiligen Wehrmachtsintendanten geflossen, die damit die Soldaten zahlten, die sich mit diesem Geld auf den Schwarzmärkten Europas bedienten. Die Beute sei an alle verteilt worden. Die Arierisierung jüdischen Vermögens gehöre deshalb in die Kette der »Eigentumsrevolutionen des 20. Jahrhunderts«. Der Autor verwechselt hier aber Erscheinung und Wesen und kommt so zu der Schlußfolgerung: »Die NSDAP verstand sich als Sachwalterin der kleinen Leute, sah sich dem Egalitarismus der Volksgemeinschaft verpflichtet.« Dabei bringt er anhand einiger Biographien namhafter Politiker, wie der des Nazis Dr. Bernhard Benning, selbst klar zum Ausdruck, daß Hitlers Gerede von der »Volks- und Leistungsgemeinschaft« nur Rhetorik war, um dem Wunsch einer klassenlosen Gesellschaft zu entsprechen, dem viele »kleine Leute« in Deutschland nach 1918 noch anhängen. Benning, 1940 Direktor der Berliner

Großbank Reichs-Kredit-Gesellschaft und 1950 Mitglied des Direktoriums der Bank deutscher Länder, nannte die »Besetzung feindlicher Länder« eine »zusätzliche Tilgungsquelle« des Finanzministeriums. Daß Staat und Finanzkapital ab 1933 besonders eng verbunden waren, hält der Autor für eine »antikapitalistische Verschleierung« der »Entjudung«. Doch Tatsache ist, daß am 25. April 1933 Gustav Krupp von Bohlen und Halbach im Namen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der Hitlerregierung einen Plan zur »Neugestaltung der Industrie« vorlegte. Danach folgte das Gesetz über die Errichtung von Zwangskartellen. Es bot die Möglichkeit, bisher außerhalb der »marktregelnden Verbände« stehende Unternehmen zwangsweise zu Syndikaten und Kartellen zusammenzuschließen. Kleine und mittlere Betriebe, unter ihnen viele im jüdischen Besitz, wurden vom Markt gefegt. Nicht die Klassengegensätze, die ja im gesellschaftlichen Sein entstanden waren, verschwanden, sondern sie wurden lediglich rhetorisch auf Rassenunterschiede, die ja lediglich im biologischen Sein von Bedeutung sind, verschoben. Diese Verschiebung darf gerne Demagogie genannt werden, auf die viele Intellektuelle noch immer reinfallen. Daß Hitler diese Manipulation so perfekt gelungen ist, was der Autor in vielen Kapiteln eindringlich belegt, steht nicht nur mit den negativen Erfahrungen des Volkes in der Weimarer Republik in Verbindung, sondern auch mit der Tradition der deutschen Philosophie, zum Beispiel der Nietzsches, woran sich Hitler ausgezeichnet orientieren konnte. Der Autor hat völlig recht, wenn er den Nationalsozialismus als eine Ideologie beschreibt, die nicht von »oben« verordnet, sondern von der Masse des Volkes getragen wurde, woran selbst der Soldat Heinrich Böll mitgewirkt hat. Doch statt der konkreten Ursache dieser Ideologie auf die Spur zu gehen, formuliert der Autor Sätze, wie: »Für Hitler stand das Volkswohl an erster Stelle.«

Zu dieser Schlußfolgerung kann jemand nur kommen, wenn er Hitler ohne klassenmäßige Wurzeln analysiert, sozusagen als Freigeist, dem ein schrecklicher Fehler bei der Verwirklichung seiner gut gemeinten »Gleichheitsidee« unterlaufen sei, die Judenvernichtung.

Das Buch ist überall dort sehr präzise und eindringlich, wo die Perversion der Judenvernichtung an Beispielen von Medizinerinnen und KZ-Mitarbeitern beschrieben wird, die mit den Schädelknochen von Juden Handel trieben und die »hochmotiviert ihre Arbeit« vollstreckten, ohne dabei ein schlechtes Gewissen zu haben. Das Buch löst allerdings nicht ein, was der Titel erwarten läßt, nämlich eine klare Definition und Differenzierung von Rasse und Klasse. Damit bleibt unklar, wie und warum es den Nazis gelungen ist, den Klassenkampf durch »Rassenkampf« zu ersetzen und welche Ideologie sich letztlich dahinter verbirgt.

JÜRGEN MEIER

Wolfgang Kersting:
Kritik der Gleichheit,
 Velbrück Wissenschaft
 Weilerswist 2002, 342 S. (40 €)
 John Rawls: **Gerechtigkeit**
 als Fairneß. Ein Neuentwurf,
 Suhrkamp Verlag Frankfurt am
 Main 2003, 316 S. (24,90 €)

Wolfgang Kersting, Verfasser eines Standardwerkes über Theorien sozialer Gerechtigkeit (2000)¹, hat mit seiner *Kritik der Gleichheit* ein weiteres fundamentales ethisches und rechtsphilosophisches Werk vorgelegt. Ebenso wie seine Theoriegeschichte zeichnet sich auch dieses neue Buch durch gründliche Literaturkenntnis und -verarbeitung aus, aber auch durch eine scharfe Polemik gegenüber Andersdenkenden. Insbesondere ist es der Sozialstaat, den er aufs Korn nimmt, sowie die sogenannte Verteilungsgerechtigkeit, der es bisher nicht nur an begrifflicher Klarheit fehlt, sondern auch an einer stichhaltigen »normativen Hintergrundtheorie«. Kersting argumentiert dabei von einer konservativ-liberalen Position ausgehend. Seine Hauptquelle ist Friedrich August von Hayek, der im Begriff der sozialen Gerechtigkeit so etwas wie eine Leerformel sah, eine »Illusion« oder »semantische Fata Morgana, mit der sozialistische Scharlatane Wissenschaft, Philosophie und Politik erfolg-

reich in die Irre« (2000, S. 60) führen würden. In dieser Argumentation bleibt der Staat außen vor. Statt dessen wird »der Markt« als Akteur bemüht und dieser ist für seine Distributionsleistungen natürlich »weder gerecht noch ungerecht« und – dies ist der wichtige Schluß – »bedarf folglich auch nicht einer wohlfahrtsstaatlichen Korrektur« (2000, S. 61).

Auf dieser Grundlage nun untersucht Kersting in der hier vorliegenden Monographie über Gleichheit, wie der Sozialstaat heute zwischen Gleichheitsstreben und Freiheitsgarantie hin und her schwankt. Die Fragestellung ist außerordentlich aktuell, denn solange »das Wirtschaftswachstum eine Aufrechterhaltung der Verteilungsgewohnheiten erlaubt, kann sich die Gesellschaft ... gestaltungspolitische Phantasielosigkeit leisten... Wenn jedoch der Sozialstaat an seine Grenzen gelangt ist und seine ökonomischen und moralischen Kosten unerträglich werden, wenn darum die sozialstaatlichen Leistungskataloge neu gesichtet, gelichtet und umgeschichtet werden müssen, ist ein genaueres moralisches Orientierungswissen ebenso notwendig wie politischer Mut zur Bestandsaufnahme und Neukonzeption.« (S. 24) Dies genau ist gegenwärtig unsere Situation – Stichwort *Agenda 2010* –, was dem Buch größte Aktualität verleiht, ja, es für politische Debatten über diese Themen geradezu unverzichtbar macht. Während von »linker« Seite hierzu gegenwärtig nicht allzuviel angeboten wird und man sich eher auf eine Haltung des Bewahrens beschränkt, demonstriert Kersting, wie man »rechts« über Verteilungsfragen denkt und was man dort von Umverteilung, Sozialstaat und Sozialpolitik hält. Insbesondere ist eine Auseinandersetzung mit dem von Kersting favorisierten Alternativmodell zum Sozialstaat angesagt: Im Unterschied zum herkömmlichen egalitaristischen Sozialstaat, welchen der Autor als eine Art »Schöpfungskorrektur« ansieht, »eine Art Zweitschöpfung, in der die moralischen Versäumnisse der Erstschöpfung dadurch korrigiert werden, daß die Begünstigten von den Benachteiligten in Kompensationshaft genommen werden« (S. 81), wird von ihm gefordert, daß sich der Staat künftig »nicht mehr in den Dienst der Gleichheitsfürsorge, sondern in den Dienst der Freiheitsfürsorge« stellt (S. 13). Dieses Modell basiert auf einem liberalen

Freiheitsverständnis, worin »die Elemente der Selbstbestimmung und Selbständigkeit« eingeschlossen sind.

Seine Kritik am Sozialstaat verdeutlicht Kersting anhand einiger ausgewählter Problemfelder, zum Beispiel in bezug auf die Altersrente: »Keine Ruhestandsgeneration war je so wohlversorgt wie die jetzige, und keine zukünftige Ruhestandsgeneration, auch nicht die, welche die jetzige alimentiert, wird je ein so hohes Versorgungsniveau erreichen können.« (S. 27) Aber, diese vermeintliche »Gerechtigkeit« gegenüber den Alten geht im Umverteilungsstaat mit einer wachsenden Ungerechtigkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen einher, insbesondere gegenüber jenen, die für den Wohlstand der heutigen Rentner zahlen müssen. Um dies zu korrigieren, müssen an anderer Stelle Mittel eingespart werden, wodurch das Problem nicht gelöst, sondern lediglich verschoben wird. Hieran zeigt sich: »Der Sozialstaat ist ein leckes Schiff; während man im Bugraum abdichtet, dringt im Heckbereich wieder Wasser ein. Aber das Schiff ist gleichwohl schwimmfähig; und die, die im Wasser treiben, sind froh, wenn sie an Bord genommen werden.« (S. 27)

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Auslassungen des Autors zum Thema »Arbeitslosigkeit«, worin er ein »vielfältiges Übel« (S. 48) erblickt, geprägt von Einkommensverlust, sozialer Depravierung, einer »Entstrukturierung des Lebens« u. a. m. Die Konsequenz, die er daraus zieht, ist jedoch ein besserer Schutz des Gutes »Arbeit«. Vor allem soll es »vor dem verhängnisvollen paradoxen Effekt geschützt werden, daß es auf der einen Seite durch fortschreitende Ausgleichung des Markteinkommens und des Transfereinkommens moralisch und ökonomisch entwertet wird und genau darum auch auf der anderen Seite immer teurer wird.« (S. 48) Ob der hier konstruierte Kausalzusammenhang wirklich zutrifft, soll dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall ist der Lösungsvorschlag in seiner politischen Stoßrichtung eindeutig: Flexibilisierung der Arbeit auf der einen Seite und Absenkung des Niveaus der Lohnersatzleistungen auf der anderen! Breiten Raum nimmt in diesem Buch die Kritik sozialstaatlicher und gleichheitsbezogener Theorien ein, na-

mentlich die Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeitstheorie John Rawls. Im ganzen hält der Autor den »Egalitarismus« – ein Begriff, unter welchen er alle gleichheitsbezogenen Theorien subsumiert – für »eine philosophisch wie politisch verhängnisvolle Konzeption« (S. 62). Bei der Begründung seiner ablehnenden Haltung spielt der *Neid* eine zentrale Rolle: »Der Egalitarismus ist die politische Theologie der Benachteiligung. In seiner Welt gibt es nur Bevorzugte und Benachteiligte, Schicksalsbegünstigte und Schicksalsbeladene, sozial Privilegierte und Deprivilegierte. Und jeder Benachteiligte hat die Definitionshoheit über seine Benachteiligung und das kompensationspflichtige Ausgleichsmaß... Damit ruft diese egalisierungsverpflichtete Gesellschaft zur Selbstorganisation des Neides auf.« (S. 79) Woraus folgt: »Die gleichheitsorientierte Verteilungsgerechtigkeit ist nicht subsidiär, sondern ein perennes (immerwährendes – U. B.) Unternehmen.« (S. 79)

Das zweite hier vorgestellte Buch stammt von einem der oben heftig Kritisierten, von John Rawls (1921-2002). Es ist sein Vermächtnis. 32 Jahre nach der Erstveröffentlichung der fulminanten Gerechtigkeitstheorie des US-amerikanischen Autors² liegt jetzt ein Neuentwurf des Klassikers vor, als Übersetzung der amerikanischen Ausgabe letzter Hand von 2001. Es handelt sich hierbei nicht um eine Neuauflage des Werkes, sondern um eine völlige Neubearbeitung des Themas, worin der Autor nicht nur seine eigenen Gedanken weiterentwickelt hat, sondern auch auf Einwände und Fragen seiner Kritiker ausführlich eingeht. Die wichtigste Neuerung ist in der Fassung der Gerechtigkeit zu sehen: Früher wurde dies als ein moralisches Problem behandelt, jetzt als ein politisches. Der Terminus »Fairneß« im Titel soll dies deutlich machen. Diese Akzentsetzung impliziert eine neue Sicht auf die Ausgangsideen und Quellen des Buches. Sie macht aber auch die Integration neuer Aspekte erforderlich, so daß das hier vorliegende Buch als eine reifere und zugleich gedanklich wesentlich erweiterte Fassung des Buches von 1971 anzusehen ist. Gleichwohl ersetzt es letzteres nicht: man braucht beide Ausgaben, um Rawls' Theorie zu verstehen.

Die tragende Idee der Rawlsschen Konzeption ist die Idee eines Gesellschaftsvertrages,

der unter fairen Bedingungen zustande kommt und worin Grundrechte und Grundfreiheiten die Hauptprinzipien darstellen. Es ist dies eine von ihren Grundlagen her durchaus liberale Auffassung. Ihr Autor verabschiedet sich damit von dem Versuch, Gerechtigkeit als Teil einer Moralphilosophie zu fassen. Seine Darlegungen sind vielmehr rein politischer Natur. Er stellt den Gedanken der Gerechtigkeit »als Fairneß als die vernünftigste Form des politischen Liberalismus« (S. 10) dar. Den Ausgangspunkt dafür bildet die Auffassung der Gesellschaft als »ein faires System der langfristigen, von einer Generation zur nächsten fortwirkenden Kooperation, wobei die Kooperierenden als freie und gleiche Bürger ... angesehen werden.« (S. 23) Daran an schließen sich eine Reihe von Grundideen, welche ein System der »politischen Philosophie« umreißen.

Im zweiten Teil entwickelt der Verfasser grundlegende »Gerechtigkeitsprinzipien«, welche da lauten: 1. Jede Person hat den gleichen Anspruch auf bestimmte Grundfreiheiten, und 2., soziale und ökonomische Ungleichheiten sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen: sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen offen stehen (Chancengleichheit) und sie müssen den am wenigsten Begünstigten letztlich den größten Vorteil bringen (Differenzprinzip) (S. 78). Die Durchsetzung des zuerst genannten Prinzips impliziert, daß das Marktsystem in einen Rahmen politischer und rechtlicher Institutionen eingebettet ist, »die den langfristigen Trend ökonomischer Kräfte so regeln, daß übermäßige Konzentrationen von Eigentum und Vermögen verhindert werden, insbesondere solche Formen der Konzentration, die wahrscheinlich zu politischer Vorherrschaft führen.« (S. 80) Die Verhältnisse in den USA wären hierfür ein treffendes Gegenbeispiel, insbesondere auch dafür, wie es immer weniger gelingt, die Bedrohung einer vermögensgestützten politischen Vorherrschaft aufzuhalten.

Das Problem der Verteilungsgerechtigkeit definiert Rawls über folgende Fragestellung: »Wie lassen sich die Einrichtungen der Grundstruktur als einheitliches Einzelgerüst von Institutionen so regulieren, daß langfristig und generationenübergreifend ein faires, leistungsfähiges und produktives System der sozialen

Kooperation aufrechterhalten werden kann?« (S. 88) Demgegenüber verlangt das Differenzprinzip, daß »die Unterschiede der bei der Erzeugung des Sozialprodukts erworbenen Einkünfte und Vermögenswerte ... so beschaffen sind, daß dann, wenn die legitimen Erwartungen der stärker Begünstigten geringer wären, die der weniger Begünstigten ebenfalls geringer ausfielen.« (S. 108) Auch hier gilt in der Praxis eher das Gegenteil, was die Problematik derartiger Postulate unterstreicht. Die folgenden Kapitel behandeln verschiedene Argumentationsmuster, die von einem Urzustand ausgehenden und die sich auf die Institutionen einer gerechten Grundstruktur beziehenden. Unter letzteren findet sich auch ein Abschnitt zu Marx' Kritik des Liberalismus (§ 52). Rawls stellt hier fest, daß »die Idee einer der Fairneß-Konzeption der Gerechtigkeit entsprechenden wohlgeordneten Gesellschaft grundverschieden von Marx' Idee einer vollkommen kommunistischen Gesellschaft« (S. 272) ist. Diese Grundverschiedenheit gilt auch methodologisch, weshalb es gewagt erscheint, bestimmte Kategorien Rawls' in ein marxistisches Theoriekonstrukt zu implementieren.³ Den letzten Teil des Buches bildet die »Frage der Stabilität«. Rawls gelangt hier zu dem Schluß, daß die »wohlgeordnete Gesellschaft deshalb stabil (ist), weil ihre Bürger alles in allem mit der Grundstruktur ihrer Gesellschaft zufrieden sind.« (S. 308).

ULRICH BUSCH

1 Wolfgang Kersting: Theorien der sozialen Gerechtigkeit, Stuttgart und Weimar 2000.

2 John Rawls: A Theory of Justice, Cambridge, Mass. 1971 (engl.); deutsch: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1975.

3 Vgl. Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003, S. 110 f.

Beatrix Bouvier:
Die DDR – ein Sozialstaat?
Sozialpolitik in der Ära Honecker,
Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
Bonn 2002, 360 S. (27,80 €)

Man darf gespannt sein, wenn zwölf Jahre nach dem Ende der DDR noch immer detaillierte Betrachtungen zur Anatomie des ostdeutschen Staates vorgelegt werden. Ist dies

doch einmal mehr ein Beleg dafür, daß nach wie vor die Meinungen, ob die DDR eine Diktatur gewesen sei, auseinandergehen. Und wer immer sich für den Kauf dieses Buches entscheiden wird: Nicht nur mit Blick auf die delicate Preisgestaltung sei daran erinnert, daß Arbeiten zu DDR-spezifischen Themen noch immer einen gewissen Zündstoff in sich bergen.

Um so nachdrücklicher, wenn es sich bei den Autoren nach wie vor um Historiker handelt, deren Perspektive (West) in einer Auseinandersetzung mit ostdeutschen Reizthemen noch viel zu oft eine gänzlich andere zu sein scheint, als die der Rezipienten (Ost). Gemessen an dieser Ausgangskonstellation ist es bemerkenswert, wenn Beatrix Bouvier einen weiteren Erklärungsversuch unternimmt und der Frage nachgeht, wie die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« funktionierte und welche Bedeutung sie für die Menschen, aber auch für die Stabilität, Stagnation und Krise des Systems insgesamt hatte. Die Autorin fokussiert ihren Blick auf vier herausragende sozialpolitische Leitthemen: Das Recht auf Arbeit, die Wohnungsfrage, das Rentensystem und die Frauen- und Familienförderung. Ganz bewußt begrenzt sie den zeitlichen Rahmen ihrer Untersuchung auf die Jahre 1971 bis 1989. Daher ist sie – will sie in ihrer Argumentation verstanden werden – gezwungen, vorab die allgemeinen historischen Ausgangspunkte zur Tradition deutscher Sozialstaatlichkeit darzustellen. Auch muß sie sowohl auf die sozialpolitischen Probleme und Weichenstellungen der »Ära Ulbricht« und auf die sozialstaatliche Ausgestaltung der (alten) Bundesrepublik eingehen. Ihre diesbezüglichen Ausführungen füllen ein Drittel des Buches.

Wichtigste Quellengrundlage für die Analyse der vier Themen, denen sie je ein gesondertes Kapitel widmet, sind die diversen Eingaben von DDR-Bürgern an offizielle Stellen bis hin zur obersten Staats- und Parteiführung. Darüber hinaus nutzt sie die Bestände der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« (SAPMO) und zahlreiche Berichte des »Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR« (BStU). Ungeachtet quellenkritischer Probleme sieht Bouvier in den Eingaben

»insgesamt eine wichtige sozialhistorische Quelle«. Denn sie »zeigen mit plastischen Beispielen, die über Einzelfälle hinausgehen, die kritischer und aggressiver werdende Stimmung in der Bevölkerung, die wachsende Ungeduld angesichts ungelöst bleibender Probleme, ständiger Vertröstung und bürokratischer Verschleppung« (S. 311 f.). Mit einiger Verwunderung dürfte es den interessierten altbundesrepublikanischen Leser erfüllen, daß derlei schriftlich eingereichte Beschwerden in der DDR zur alltäglichen Praxis gehörten und in der Regel niemand berufliche oder persönliche Benachteiligung zu fürchten hatte. Dagegen wird sich mancher Neu-Bundesbürger ein dezentes Lächeln nicht verknäueln können, wenn ihm Bouvier in der Ausübung dieser Möglichkeiten eine gewisse Raffinesse bescheinigt und feststellt: »Doch die Bürger wußten um die wunden Punkte ihres Staates« (S. 198).

In ihrer insgesamt sehr akribisch und mit Sorgfalt vorgenommenen Untersuchung will Bouvier zeigen, daß die zentrale Formel der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« nur wenig mit der Realität gemein hatte. Ohne Zweifel lassen sich aus all den Schriftstücken dramatische Lebensumstände von DDR-Bürgern herauslesen, die in der Beschreibung punktueller oder persönlicher Eskalationen (z. B. in der Wohnungsfrage) einen tiefen Einblick in den ostdeutschen Alltag zulassen. Dies zu verharmlosen oder zu negieren wäre falsch, denn es würde weder den Menschen gerecht noch der historischen Wahrheitsfindung dienen. Zu Recht weist Bouvier darauf hin, daß es keiner großen Anstrengung bedarf, bestimmte Sachverhalte mit weiteren Extremdarstellungen zu kolorieren. Insofern muß man ihr also zustimmen, wenn sie für ihre Belange eine »insgesamt hohe Bedeutung des Eingabewesens« aus der »Eingabenflut und Eingabefreudigkeit der DDR-Bürger« ableitet (S. 315 f.).

DDR-Bürger hatten ein gänzlich anderes Verhältnis zum Staat und zu dessen sozialen Leistungsgarantien. Jeder konnte unter dem Eindruck der öffentlich propagierten Politik »zum Wohle des Volkes« die jeweils individuell verspürten Mängel und Fehler des Systems auf einer quasi moralischen Ebene offiziell thematisieren. Daher nutzte man auch ganz

gezielt das probate Mittel der Eingabe, um auf diesem Wege eine Verbesserung der eigenen privaten Situation zu erreichen. Bouvier selbst wird im Umgang mit den Akten sehr wohl bewußt geworden sein, daß sie es hier mit einem wesentlichen Element ostdeutscher Sozialisation zu tun bekommen hat. So jedenfalls könnte man ihre Beobachtung interpretieren, daß sich DDR-Bürger »auch nach der Wende noch bemerkenswert häufig an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages wandten« (S. 315). In diesem Lichte betrachtet erscheinen die hier verwendeten Quellen aber auch durchaus problematisch. Nicht nur, weil es schlichtweg in der Natur der Sache begründet liegt, daß sich keine »positiven« Eingaben finden lassen werden. Unabhängig davon, wie man heute mit ihnen umgehen würde, wenn es sie gäbe: Welche Erwartungen und Intentionen knüpft Bouvier beispielsweise an die Auswertung von Stasi-Berichten? Wohl niemand wird inzwischen bestreiten, daß das Ministerium über außerordentlich viele detaillierte Informationen verfügte. Aber welchen Nutzen zieht der Leser aus Bouviers Kritik, daß oft selbst das MfS keine brauchbaren und realisierbaren Ratschläge zur Verbesserung der Lage einzubringen hatte (S. 91)? Würde man heute ernsthaft derlei Initiative von einem deutschen Geheimdienst erwarten?

Daneben erscheint es höchst fraglich, welche Intention Bouvier mit Beschreibungen verfolgt, die sie aus ihrem Material zu einem Gesamtbild arrangiert. So findet sich im Kontext ihrer Schilderungen von Lebensbedingungen in DDR-Altersheimen u. a.: »... es gab keine Zentralheizung, veraltetes und nicht ausreichendes Mobiliar, das zumeist noch aus Wehrmachtsbeständen stammte, so daß die Menschen ihre persönlichen Sachen und Kleider in Koffern unterbringen mußten. In den meisten Fällen waren die Fußböden schadhafte, die Fenster defekt und ohne bzw. mit völlig verschmutzten Gardinen ausgestattet, die Tapeten und Wandanstriche völlig abgewohnt. Eine regelmäßige Körperpflege ... war wegen nicht ausreichender und völlig veralteter und daher nicht funktionstüchtiger sanitärer Einrichtungen oft unmöglich.« (S. 231)

Es kann hiermit nur angedeutet werden, daß sich Bouvier ihres Quellenmaterials in ganz besonderer Weise bedient. Das geht einher mit

dem reichlichen Gebrauch von Anführungszeichen bei der Zitierung von DDR-typischen Idiomen (»Alles zum Wohle des Volkes«) und hat den »Charme« der 50er Jahre. Nochmals sei darauf verwiesen, daß die Autorin diese und weitere Details mit wissenschaftlicher Professionalität und gewiß hohem Arbeitsaufwand in den einzelnen Akten ausfindig gemacht hat. Trotz allem bleibt die Frage, ob sie hierbei nicht zu oft nur auf die Wirkung banaler Effekthascherei setzt. Sicherlich ist ihr nicht prinzipiell vorzuwerfen, daß sie ausnahmslos der Versuchung erliegt, diese *Beispiele* schablonenhaft auf die *gesamte* Gesellschaft zu übertragen. Dennoch ist es die monotone, fast in Phrasenhaftigkeit abgleitende wiederholte Auflistung von Mängeln und Fehlern, die als Grusel-Bild in den Köpfen der Leser haften bleibt. Um so mehr, wenn man, wie die Bevölkerungsmehrheit dieser Republik, die DDR nur aus Medien und Büchern kennt. Sollte es eine weitere Auflage dieses Buches geben, so wäre hier eine klarere Differenzierung zu wünschen. Vielleicht gelingt es bei dieser Gelegenheit auch, den Untersuchungshorizont zu erweitern und sozial-politische Themen (z. B. Bildung und Gesundheitsversorgung) mit in die Arbeit aufzunehmen, die von ihr ausgeklammert wurden.

Aufkommende Ostalgie-Gefühle, die die Autorin in vergleichbaren Arbeiten ostdeutscher Experten zu finden glaubt, führt sie darauf zurück, daß die Sozialpolitik nicht mit den repressiven Seiten der DDR in Verbindung gebracht wird. Defizite, Mängel und grundsätzliche Fehler des Systems würden zwar nicht geleugnet, doch falle das Fazit eher positiv aus, da das Fehlen von Demokratie und Freiheitsrechten außer acht gelassen werde (S. 329). Für Bouvier ist die Sozialpolitik der »Ära Honecker« nur die »weiche Seite der Diktatur«, der die »Repression mit ihrem gleichzeitig ausgebauten Apparat und die Unfreiheit« gegenüber gestellt war. Genau hier aber liegt das Problem: Die Sozialpolitik der SED zielte nicht in erster Linie auf das Wohl des einzelnen, sondern vorwiegend auf das Kollektivwohl und war darüber hinaus Instrument im Klassenkampf. Ganz bewußt und dezidiert grenzte sich die DDR von der »bürgerlichen« Sozialpolitik »demokratisch verfaßter Wohlfahrtsstaaten des Westens« ab. Deutlich wird

das am »Recht auf Arbeit«, das Bouvier in der DDR als »Kernstück der verfassungsmäßig garantierten sozialen Grundrechte« verortet, während es z. B. in den meisten Verfassungen der föderalen Bundesländer lediglich als Staatszielbestimmung definiert wird. Wenn aber Bouvier dies alles erkannt hat (S. 330 f.), warum versucht sie dennoch, die sozialpolitischen Maßnahmen einer erklärten Diktatur des Proletariats mit der Elle von »individuellen und liberal-demokratischen Freiheitsrechten« zu messen? Eingedenk der Tatsache, daß die Ostdeutschen das Privileg für sich beanspruchen können, zwei völlig gegensätzliche Gesellschaftsordnungen erlebt und erfahren zu haben, müssen die Untersuchungsergebnisse ganz zwangsläufig andere Emotionen hervorrufen, als möglicherweise beabsichtigt. Eben weil sich Bouvier auf zeithistorische Quellen stützt, bleibt es schwer vermittelbar, worin für viele Ostdeutsche (z. B. in der Rentenfrage) der Unterschied zwischen damals und heute bestehen soll.

Sozialpolitische Themen waren schon in der kalten Zeit des Ost-West-Konfliktes agitatorisch brisant. Eine Retrospektive, wie sie hier angestrebt wird, muß gerade in der gegenwärtigen Diskussion um das zukünftige gesamtdeutsche Niveau des Sozialstaates provozieren und verlangt nach aktuellen Bezügen. Doch dies ist, folgt man Bouviers Worten, nicht ihre Intention: Generell strebt sie mit ihrer Arbeit keinen direkten Vergleich mit der BRD an. Aber, so räumt sie ein, er schwingt doch immer mit. Mit ihren geschickt zwischen die Zeilen verpackten Antworten auf die rhetorische Frage »Die DDR – ein Sozialstaat?« gelingt es ihr insgesamt nicht, diesen versteckt angelegten systemvergleichenden Spagat aufzulösen.

Und wenn sie schließlich zusammenfassend das sozialpolitische System der DDR als »Versorgungsdiktatur« beschreibt, die unter den »Bedingungen und Einschränkungen dieser Zeit soziale Sicherheit und – mit Abstrichen – eine Rundumversorgung auf niedrigem Niveau garantierte« (S. 337), so ist man geneigt zu sagen: Na immerhin!

KLAUS MELLE